

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 23

Artikel: Kristallisationseffekt : Stand der demokratischen Opposition Russlands heute
Autor: Tarsis-Dormann, Hanni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092806>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stand der demokratischen Opposition Russlands heute

Kristallisationseffekt

Wir hatten im Mai («zeitbild» 11/93) über das Ziel der demokratischen Opposition Russlands informiert, durch eine Wochenzeitung mit dem Namen «Staatsbürger[-Sinn]» («Grashdanskaja Mysl'») zum Aufbau demokratischer Strukturen beizutragen. Ein Aufruf um Unterstützung dieses Projekts war «natürlich» auch dabei, und eine schöne Anzahl von «zeitbild»-Lesern antworteten mit einem Beitrag. Gemeinsam mit weiteren solidarischen Demokraten, namentlich in der Schweiz, trugen sie den Startbetrag zusammen, dank dem der «Staatsbürger» ab 1. Juli 1993 erscheinen konnte. «zeitbild» 15/93 gab Ihnen Hinweise über die ersten beiden Nummern. Die Zeitung hat bewirkt, dass sich weitere Kreise aktiver Demokraten der Unternehmung anschliessen wollen: Kristallisationseffekt.

Seit dem letzten Bericht ist wiederum einiges geschehen. Im grossen: Das politische Bild hat sich teilweise gewandelt.

Indem Präsident Jelzin Anfang Oktober das reform- und demokratiefeindliche Parlament für aufgelöst erklärte und dessen schiessfreudige Exponenten verhaften liess, schuf er eine Art Grundlage für Neuwahlen der Volksvertretungen, vorab in die beiden Kammern auf Landesebene. Im kleinen (in unserem spezifischen Bereich der demokratischen Opposition): Die von Jurij Burtin redigierte Wochenzeitung «Staatsbürger» stiess mit ihren Grundsatzartikeln und Diskussionsbeiträgen auf Beachtung. Seine Autoren holte sich Burtin vorwiegend aus der Unabhängigen staatsbürgerlichen Initiative. Dabei galt, was der Philosoph Wladimir Bibler (am zweiten Runden Tisch) als Leitlinie formulierte: Die «demokratische Meinung» ist etwas Komplexes, definitionsgemäss nicht Einheitliches, nicht Gleichgeschaltetes — «demokratische Übereinstimmung ist gescheite Meinungsvielfalt».

«Demokratische Übereinstimmung ist gescheite Meinungsvielfalt.»

GJUJS bzw. Gennadij Shiwuzkij, Mitarbeiter von Eduard Moltchanows Zeitung «Freies Wort» (bis Ende 1991), fasst die Alternative zur Gesundung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Russland in knappe Striche: Die Russen komment! Abgerissen, ausgepowert. In den Westen.

Der designierte Koredaktor Kronid Ljubarskij erschien in Nr. 1 der «Grashdanskaja Mysl'» als Teilnehmer eines Gesprächs über den Verfassungsprozess, verzichtete dann aber zugunsten seines Engagements in Jelzins Verfassungskommission auf redaktionelle Mitarbeit. Die Redaktion brauchte Verstärkung. Bereits Ende Juli und Anfang August führten Burtin und Moltchanow — der selber als Leiter des Verlags Literatura i Politika mehr als ausgelastet ist — Gespräche mit interessierten Gleichgesinnten, namentlich dem Informationsanalysten (und Physiker) Dr. Dmitrij Jurjew. Er hat sich dem «zeitbild»-Publikum mit seiner «Bilanz der Nichtrechtsstaatlichkeit» über den Oktober-Putsch in Nr. 21/93 vorgestellt.

Gleichzeitig liefen im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Redaktion auch Sondierungen über den Einstieg von Informationsexperten in meh-

«Nomenklatura will an der Macht bleiben» (Fortsetzung)

Auswirkungen der Nomenklatura-Interessenwirtschaft

«Der politische Autoritarismus, bestimmte Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, die «Aufteilung des Wirtschaftsraums» unter den Neomonopolen der Nomenklatura, die Umkehrung der liberalen Reformen und die Errichtung eines administrativ-wirtschaftlichen Regimes, das die besten Voraussetzungen für die Bereicherung der Nomenklatura bietet», diese Perspektive ist eine rosige demokratische Illusion, verglichen mit dem wahren Ziel, zu dem die unerbittliche Logik die Ereignisse zieht:

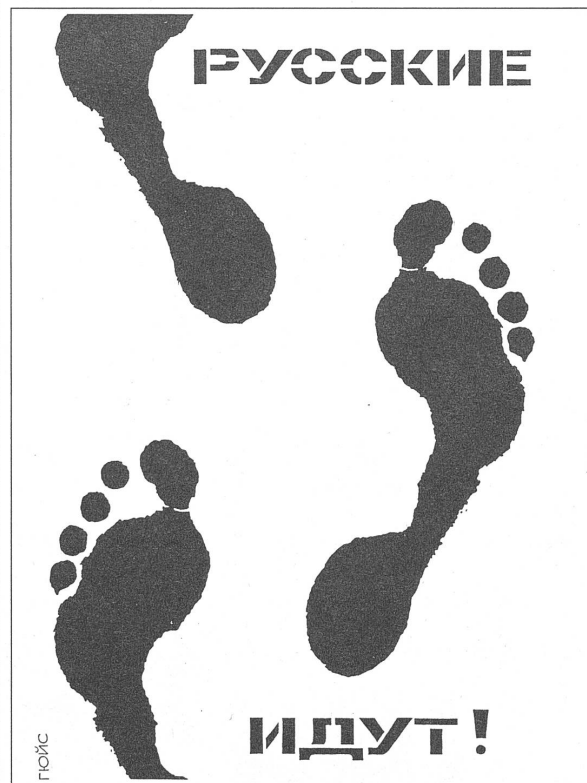
«Es ist eine Logik gemäss dem Grundsatz der Mafia «Eine Hand wäscht die andere», die Logik der «Blutrache» für das, was jeder Mafia das Schrecklichste ist — den Anschlag auf ihr Recht, parasitär vom Volk zu profitieren, ihr Recht, sich an die Stelle des Gesetzes zu setzen, ihr Recht, jenseits von Moral und Zivilisation zu leben.» Die Menschen sollen es ein für allemal verlernen, die Vorrechte der Mafia anzutasten und den Geschmack der Freiheit zu mögen...

Ist die Nomenklatura-Revanche und die entsprechende Katastrophe unausweichlich? Nein, aber die Ziele, die sich die «respektablen pragmatischen Politiker» gesetzt haben, lassen sich auf ihre bisherige Weise nicht erreichen, weil dem von ihnen verteidigten System folgendes inhärent ist:

1. Abbruch der Wirtschaftsreformen im Augenblick, da erst Härten und noch keine Früchte zu sehen waren
2. administratives «Nachkorrigieren» der Reformen, was zu chaotischem Administrieren führt
3. aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Bankrotts das Anwachsen der Kriminalität und des Terrorismus
4. katastrophaler Produktionsrückgang.

«In der Geschichte Russlands beginnt eine neue Etappe — eine unvergleichlich schwerere und langwierigere, eine unvergleichlich härtere und gefährlichere für jeden, der Freiheit will — aber vielleicht eine weniger hoffnungslose.» Sie beginnt jetzt, mit den Wahlen dieses Dezembers.

(Kommentar und Zusammenfassung: HTD)



Was ist mit dem anvisierten Demokratiezentrum los?

Gegenwärtig ist nur seine Kernstruktur, der Verlag *Literatura i Politika*, «in Betrieb». Die Wochenzeitung «Staatsbürger» («Grashdanskaja Mysl'»), so wichtig ihre Stimme jetzt wäre, kann ohne finanzielle Absicherung für eine gewisse Zeit die angefragten guten Leute nicht von ihren derzeitigen Stellen weg in ihre Redaktion holen. Sie sind aber einsatzbereit.

Wir hatten das Projekt Demokratieförderung noch vor Mitte Mai einer Stelle unterbreitet, von der ein entsprechendes Mittragen erwartet werden durfte. Ende Juli kam das Nein. Nun liegt die Anfrage um Unterstützung des erweiterten Projekts zweier Stiftungen vor — in der Schweiz und in den USA. Der Antrag in Amerika wurde überhaupt möglich, weil dank hiesiger Beiträge mit dem «Staatsbürger» ein Anfang gemacht war. Die Antworten stehen noch aus.

rerer Instituten in das erweiterte Projekt der Unternehmung «Demokratieförderung» insgesamt. Georg Dobrovoly, der Leiter von SOI und SFD, lernte bei seinem Moskauer Aufenthalt im September nicht nur die Projektträger Burtin, Moltschanow und Jurjew kennen, sondern auch Vertreter der Info-Expertengruppe Panorama und des Zentrums für ethno-politische Forschungen. Jurjew selber leitet ebenfalls eine Gruppe von Informationsanalysten.

Ein (noch namenloses) Demokratiezentrum

Gemeinsam haben die Projektträger eine «Vereinigung für Information und Aufklärung, Forschung und Publikation» vorbereitet. Deren Hauptziele sind:

1. Informations- und Bildungstätigkeit, ausgerichtet auf die Schaffung eines politisch-kulturellen Umfelds in der Gesellschaft, das die Entwicklung demokratischer Methoden der Staatsführung, die Förderung der Gesellschaft auf dem Weg der Zivilisation und die Übernahme der Grundprinzipien staatsbürgerlichen Verhaltens durch die Bevölkerung begünstigt
2. Durchführung systematischer strategischer Untersuchungen der soziopolitischen Situation in Russland und den andern Staaten der Ex-UdSSR hinsichtlich des Entstehens der Grundlagen einer demokratisch strukturierten staatsbürgerlichen Gesellschaft
3. Unterstützung für keimende demokratische Organisationen sowie für Politiker und die Gesellschaft als Ganzes in Aktivitäten, die auf die Entwicklung von Elementen echter Demokratie in den Ländern der Ex-UdSSR gerichtet sind, so auch für die Erneuerung der Machtorgane auf allen Ebenen

«Die Gesellschaft befindet sich auf der Anfangs- bzw. Vorstufe der ersten Entwicklungsetappe im Prozess zur Demo-

kratie», schreiben die Projektträger in der Begründung, «und ihr steht ein äußerst schwieriger, langwieriger Weg (mit potentiellen schweren Erschütterungen) zur rechtsstaatlichen Ordnung und zu staatsbürgerlichem Verhalten bevor, wobei sich die Ergebnisse dieser Entwicklung auf die Geschehnisse der Welt und der Zivilisation insgesamt bestimmend auswirken.»

Den Problemen zu Leibe rücken

«Um so dringender», heisst es weiter in der Projektbegründung, «ist in dieser Lage die Schaffung eines Netzes von Zentren, von denen die Gesellschaft Hilfe im unerlässlichen Prozess der Selbstfindung erhalten kann — Zentren, die Stellungnahmen, Prognosen und Empfehlungen erarbeiten, die nicht auf den egoistischen (oder unethisch verstandenen) Interessen einzelner Personen oder Gruppen basieren, sondern auf einer komplexen Analyse des ganzen Faktennetzes, auf den grundlegenden demokratischen Prinzipien, auf einem vorurteilslosen, aber interessierten und aktiven Approach zu den Hauptproblemen des Lebens der Bevölkerung. Ein solches Zentrum soll die skizzierte Vereinigung sein.»

Und wie gedenkt das Demokratiezentrum seine Ziele zu verwirklichen? Konkret wollen die Demokraten folgende Bereiche anpacken (bzw. im neuen Zusammenschluss der Kräfte ihre schon bisher ausgeübte Tätigkeit weiterführen):

- Organisation und Realisierung von Forschungsprojekten zu aktuellen Problemen der gegenwärtigen soziopolitischen Lage; Systemanalyse der Entstehungsprozesse einer staatsbürgerlichen Gesellschaft in posttotalitären Staaten
- Angebot von informativ-analytischen Materialien, Informationsübersichten sowie weiteren Daten aufgrund der Forschungstätigkeit der Vereinigung zuhanden der politischen und gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Stellen und internationalen Organisationen, die an einer gründlichen Erforschung der Demokratieentwicklung in Russland und den andern Staaten der Ex-UdSSR sowie an zuverlässiger Information über die Entstehung einer staatsbürgerlichen Gesellschaft in posttotalitären Ländern interessiert sind
- Informierung der Öffentlichkeit über die Resultate der Forschungstätigkeit der Vereinigung, unter anderem durch Publikation der von ihr erarbeiteten Materialien über die akutesten Fragen der Demokratieentwicklung in den Massenmedien und durch breite Bekanntmachung der von ihnen Experten erreichten Folgerungen und Prognosen

– Durchführung von Seminaren, Kursen und Konferenzen, Veröffentlichung entsprechender Unterlagen (Teilnehmer: Spezialisten/Forscher und aktive Politiker, Journalisten, Pädagogen und Vertreter weiterer Berufe, die auf die Meinungsbildung und die Prägung der Normen des gesellschaftlichen Lebens einwirken. Thematik: Wie die demokratischen Institutionen und die Strukturen einer Staatsbürgergesellschaft aussehen und funktionieren).

«Demokraten» und Demokraten zur Wahl

Literatura i Politika bringt jetzt das «Brevier für Demokratie» in Russisch heraus: Die Schweizerische Helsinki-Vereinigung und die Stiftung für Demokratie haben dem demokratischen Verlag in Moskau nicht nur die Veröffentlichung dieses Materials überlassen, das genau seinem Konzept entspricht, sondern leisten aus der Sammlung für die Realisierung des «Breviers» auch einen Publikationsbeitrag. (Die Verleger-tätigkeit ist in Russland zurzeit nur für anspruchloseste Beststeller kein Verlustgeschäft.) «Wann, wenn nicht jetzt, ist so eine Broschüre nötig?!» sagt Verlagsleiter Moltschanow, der sich seit Jahren dafür einsetzt, seinen Landsleuten zu einem demokratischen Selbstverständnis zu verhelfen. Nicht zuletzt solchen Leuten an der Macht, die sich mit dem Adjektiv «demokratisch» schmücken, in ihrem Handeln aber immer wieder die Gänsefüsschen bzw. den Pferdefuss demonstrieren. Man las hierzulande zum Beispiel von Wahlkreismanipulationen und von «durch und durch un-demokratischer ... Manier» im Vorgehen des Staatschefs. Auch darum ist ein unabhängiges Demokratiezentrum notwendig.

Abgesehen davon, dass die Finanzierung noch offen ist, sind heute die meisten Vertreter der demokratischen Kräfte so oder so mit dem Wahlkampf befasst und haben derzeit auch für die beste Unternehmung keine freien Kapazitäten. (Dmitrij Jurjew kandidiert selber als Parteilooser.)

«Gleich nach dem 12. Dezember — dem Wahltag — wird es für uns viel günstiger aussehen», sagen Jurjew und Moltschanow. «Die Gesellschaft als Ganzes und insbesondere die demokratische Bewegung stehen dann vor der Aufgabe, die Situation in den Griff zu bekommen und Strategien für die Entwicklung der Demokratiegrundlagen im Land auszuarbeiten. Da dürften wir rasch viele aktive und einflussreiche Politiker für die Idee der Vereinigung gewinnen können.» Um so mehr, wenn einige der Projektinitiatoren im Ergebnis der Wahlen einen neuen politischen Status haben sollten.

Hanni Tarsis-Dormann

Literatura i Politika bringt jetzt das «Brevier für Demokratie» in Russisch heraus: «Wann, wenn nicht jetzt, ist so eine Broschüre nötig?!»

«Die Gesellschaft als Ganzes und insbesondere die demokratische Bewegung stehen nach der Wahl vor der Aufgabe, die Situation in den Griff zu bekommen und Strategien für die Entwicklung der Demokratiegrundlagen im Land auszuarbeiten.»